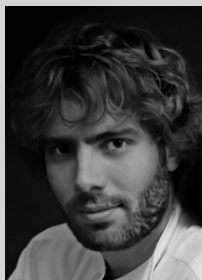


» Kompetenz zum Widerstand – eine vernachlässigte Bildungsaufgabe?

Fachtagung zur politischen Bildung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg



Lorenz Meyer

Dozent Berufsfachschule
für Altenpflege
meyer.lorenz@gmx.de
www.bgeba.wordpress.com

PEGIDA-Aufmärsche, Blockupy-Krawalle, TTIP-Proteste – der „Wutbürger“, so heißt es oft, wolle nur blockieren, jedoch selbst keine Verantwortung übernehmen. Er ist von der etablierten Politik nicht gern gesehen. „Wi-

derstand“ scheint allenfalls in historischer Perspektive positiv besetzt, wenn die Weiße Rose, Graf Stauffenberg oder Georg Elser im Lehrplan stehen. In wirtschafts- und politikdidaktischen Nachschlagewerken jedenfalls sucht man den Widerstandsbegriff vergeblich. Anpassungsfähigkeit und Flexibilität gelten dagegen als wichtige Erziehungsziele. Stellt diese einseitige Fixierung nicht einen Verstoß gegen die Grundlagen eines aufgeklärten Bildungsverständnisses dar? Wie sollen Menschen mündig werden, wenn sie nicht auch zum Neinsagen und zur Widerständigkeit befähigt werden? Diesen Fragen galt eine Fachtagung an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg vom 24. bis 26. März 2015. Fritz Reheis, Fachvertreter der Didaktik für Sozialkunde, lud dazu anlässlich seiner bevorstehenden Pensionierung Referentinnen und Referenten verschiedener sozialwissenschaftlicher Disziplinen aus Deutschland, Österreich und Kroatien ein.

Reheis sprach in seiner Einführung von einem sich immer mehr ausbreitenden „Nützlichkeitsrassismus“ und definierte Widerstand in diesem Zusammenhang als aktives Sich-Wehren gegen das Instrumentalisiert-Werden für fremde Zwecke. Dies setze jedoch voraus, dass man wisse, was man im Leben will. Michael Sladek konkretisierte am Beispiel der „Schönauer Stromrebell“, was erfolgreicher Widerstand braucht. In der kleinen Gemeinde im Südschwarzwald gründete er zusammen mit einigen Mitstreitern nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl eine Bürgerinitiative, die den konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie verfolgte und in der Folge die dortigen Stadtwerke zu einem der größten Anbieter von Ökostrom in Deutschland gemacht hat. Sladek betonte dabei insbesondere den Faktor Lebensfreude. Heiner Keupp, Professor für Sozialpsychologie an der LMU München,

schloss hier mit seiner Metapher vom „aufrechten Gang“ nahtlos an: Menschen müssten schon im jungen Alter Verwirklichungschancen und ein Gefühl des Verstanden-Werdens, des Beeinflussen-Könnens und der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns erfahren können, um selbstbestimmt und widerständig durchs Leben gehen zu können.

Mit „Zivilcourage“ und „sozialem Mut“ brachte der Tübinger Politikwissenschaftler Gerd Mayer weitere Begriffe in den Diskurs ein. Charakterisiert wurden diese als Eingreifen zugunsten anderer, Sich-Einsetzen für allgemeine Werte und Sich-Wehren gegen körperliche Angriffe. Martin Becher, Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz, gab zu bedenken, dass es häufig nicht einfach sei, im Widerstand seinen eigenen moralischen Ansprüchen zu genügen. Beim über Deutschlands Grenzen hinaus berühmt gewordenen Wunsiedler Spendenlauf sei es gelungen, dieses Dilemma umzudrehen: Die aufmarschierenden Neo-Nazis leisteten plötzlich Widerstand gegen sich selbst. Einen weiteren Aspekt brachte Werner Karg von der als Mitveranstalter fungierenden Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung ins Spiel: Am Beispiel gut gebildeter Münchner Wohlstandsbürger gab er zu bedenken, dass es häufig lediglich einer entsprechenden Methodenkompetenz bedürfe, um seine Eigeninteressen gegen den Willen anderer und das Wohl des Gemeinwesens durchzusetzen. Die Anthropologin Sonja Lebos aus Zagreb hielt dem entgegen, dass in ihrem Heimatland friedlicher und kreativer Widerstand gegen Investoren bisher nicht zum gewünschten Ziel geführt habe.

Nach diesem phänomenologischen Rundblick auf unterschiedliche Formen von Widerstand ging es am zweiten Tag um den Rechtfertigungsdiskurs. Die Augsburger Politikwissenschaftlerin Frauke Höntzsch stimmte ihrem Kollegen Karg bezogen auf einen die Menschenrechte wahren Rechtsstaat zu. Hier handele es sich um institutionalisierten Widerstand, bei dem es in erster Linie darauf ankomme, die Rechtsmittel für sich zu nutzen. Wo aber Menschen durch Gesetze diskriminiert werden oder gar keine Rechtsnormen vorhanden seien, sei ziviler Ungehorsam legitim. Letzteres sei aktuell im Falle von globalisierten Verhältnissen besonders relevant. Der Philosoph Michael Gerten (Uni Bamberg) gab zu bedenken, dass Widerstand zunächst einmal ein relationaler Begriff sei. Widerstand er-

scheine stets als Reaktion auf eine Kraft, sei also selbst (Gegen-)Kraft. Wann Widerstand gerechtfertigt sei, könne nur im Kontext von interpersonaler Freiheit und von durch Kultur geprägter Moral geklärt werden. Der Jenaer Fachkollege Markus Kilius hielt dem entgegen, dass sich jedes Ordnungsgefüge nur als „repressives Ethos“, also unabhängig von Moral, im Widerstand gegen ein anderes legitimieren könne.

Doch was ist in einer Demokratie möglich und erstrebenswert? Die Erziehungswissenschaftler Malte Ebner von Eschenbach (Universität Potsdam) und Ottfried Schäffter (FU Berlin) leiteten den folgenden Demokratiediskurs mit der These ein, Widerständigkeit sei Voraussetzung für Demokratiekompetenz. Empfänger von Bildungsangeboten sollten dabei unterstützt werden, nicht auf attraktiv wirkende, aber vereinfachte Differenzlinien und Kategorisierungen hereinzufallen, sondern diese wachsam zu reflektieren. Der Politikdidaktiker Tonio Oeftering (Universität Lüneburg) erörterte in seinem Vortrag Kritik und Widerstand basierend auf der Lehre Hannah Arendts. Claire Moulin-Doos und Andreas Eis (beide Universität Oldenburg) betonten anschließend, dass eine Demokratie stets unvollkommen sei und der ständigen Gestaltung bedürfe. Ein legitimes Mittel dafür sei auch politischer Ungehorsam, also illegale, öffentliche und kollektive Aktionen, häufig durchgeführt von und für nicht institutionalisierte Akteure wie beispielsweise illegale Einwanderer oder Obdachlose.

Blieb die Frage, ob sich die vielfältigen Formen von Widerstand auch eignen, als Kompetenz in Curricula von Schulen und anderen Bildungsinstitutionen aufgenommen zu werden. Albert Scherr, Soziologe an der Uni Freiburg, nahm hier die kritische Position ein und lehnte den durch die PISA-Studien populär gewordenen Kompetenzbegriff per se ab. Dieser sei inhaltsleer und bezogen auf Widerstand lediglich ein Abfallprodukt gesellschaftlich-politischer Bildung. Insbesondere die Schule als gesellschaftliche Selektionsinstanz könne diese Aufgabe nicht leisten. Viel eher seien soziale Bewegungen als Lernort für Widerständigkeit geeignet,



Claire Moulin-Doos beim Vortrag ihrer Thesen



Der Referenten Markus Kilius, Gerd Meyer und Josef Held während eines Vortrags

da diese nicht staatlich institutionalisiert sind. Dem stellte Armin Scherb, Politikdidaktiker an der Universität Erlangen-Nürnberg, eine pragmatistische Sichtweise gegenüber. Er hielt eine eigenständige Widerstandskompetenz als Bildungsziel für nicht notwendig. Denn diese sei bereits Teil einer zu vermittelnden allgemeinen Politik- bzw. Urteils- und Handlungskompetenz.

Zum Abschluss der Tagung standen konkrete Vorschläge für die Förderung von widerständigem Verhalten im Mittelpunkt. Jana Trumann, Erziehungswissenschaftlerin an der Universität Duisburg-Essen, und Lorenz Kutzer, Lehramtsstudent an der Universität Bamberg, referierten dabei einleitend über alternative Lern- und Handlungsräume für eine widerständige Praxis und machten dies anhand des Bamberger Stadtraums greifbar. Am Nachmittag fanden außerdem parallel drei Workshops zu den Themenkomplexen Schule, Arbeitswelt sowie Medien und Methoden statt. Dabei konnten die Teilnehmer ihr Wissen je nach persönlichen Präferenzen vertiefen.

Auch wenn im Abschlussplenum festgehalten wurde, dass die Tagung die sich selbst gestellten Fragen nicht abschließend beantworten konnte, so wurde dennoch klar, dass Widerstand unter ganz bestimmten Bedingungen gerechtfertigt und geboten sein kann. Jedoch bedarf es eines anderen Umgangs mit widerständigem, unangepasstem Verhalten in Politik und Medien. Denn hinter einem Mitglied einer Protestbewegung steckt immer mehr als nur ein Wutbürger – ein Mensch mit individuellen Bedürfnissen und Wertvorstellungen. Insofern muss er ernst genommen und dazu befähigt werden, sein Leben und die Gesellschaft in Eigenverantwortung (mit) zu gestalten.

Der Anfang nächsten Jahres erscheinende Tagungsband soll insbesondere die Frage nach der Befähigung zu und der Förderung von widerständigem Verhalten weiter vertiefen.